

Markus Brinkmann, Mitglied AfA Bundesvorstand
Ernst Edhofer, Delegation Bayern

Initiativentschließung: Tarifverhandlungen bei der Deutschen Post AG

Solidarität mit den Postbeschäftigten

Die Tarifverhandlungen zwischen der Gewerkschaft ver.di und der Deutschen Post AG sind gescheitert. Trotz der guten wirtschaftlichen Situation der Post AG, die von den Beschäftigten erarbeitet wurden, wird den Postbeschäftigten eine angemessene Lohnerhöhung verweigert. Nach dem Motto „Wir kriegen den Hals nicht voll“ will der Vorstand sogar den Kündigungsschutz ersatzlos wegfallen lassen und die Arbeitszeit der Beschäftigten erhöhen.

Für die – überwiegend weiblichen – Teilzeitbeschäftigten bedeutet dies eine unmittelbare Einkommenskürzung.

Für die Beamtinnen und Beamten wurde die Arbeitszeit bereits einseitig ab April 2008 verlängert. Das gefährdet nach Angaben von ver.di ca. 5.000 Arbeitsplätze.

Der AfA Bundeskongress verurteilt die beschäftigungsfeindliche Haltung des Postvorstandes. ver.di kritisiert zu Recht das Ansinnen des Vorstandes, die soziale Sicherung der oft langjährigen Beschäftigten zu gefährden und die Absicht, die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Postler zu verschlechtern als „unmäßig“.

Der AfA Bundeskongress fordert die Verantwortlichen der Post AG auf, zu einem wertschätzenden Umgang mit den Beschäftigten zurückzukehren und ein einigungsfähiges Angebot vorzulegen.

Die politisch Verantwortlichen – insbesondere der Bund als Anteilseigner – sollen ihren Einfluss diesbezüglich geltend machen. Die Beschäftigten dürfen nicht noch mehr zu Opfern der Privatisierung werden.

Der AfA Bundeskongress erwartet:

- Ein Tarifangebot auf der Grundlage der ver.di Forderungen für eine angemessene Entgelterhöhung für die sowieso gering verdienenden Postler
- Verlängerung des Kündigungsschutzes
- Keine Verlängerung der Arbeitszeit und Rücknahme der Arbeitszeiterhöhung bei den Beamtinnen und Beamten
- Gleichzeitig sind die bisherigen und erfolgreichen Bemühungen zum Schutz sozial gesicherter Arbeitsplätze durch Dumpinglöhne weiter zu verfolgen.

Der Postvorstand trägt die Verantwortung für die jetzt notwendigen Streikmaßnahmen. Die AfA steht dabei solidarisch an der Seite der Postlerinnen und Postler.